

# Verordnung zur Verhütung übertragbarer Krankheiten (Hygiene-Verordnung)

Auf Grund des § 17 Abs. 4 Satz 1 des Infektionsschutzgesetzes vom 20. Juli 2000 (BGBl. I S. 1045), zuletzt geändert durch Artikel 8v des Gesetzes vom 12. Dezember 2023 (BGBl. 2023 I Nr. 359), in Verbindung mit § 3 Nr. 1 der Verordnung zur Übertragung von Verordnungsermächtigungen vom 9. Dezember 2011 (Nds. GVBl. S. 487), zuletzt geändert durch Verordnung vom 5. Januar 2026 (Nds. GVBl. 2026 Nr. 1) wird verordnet:

## § 1 Geltungsbereich

(1) Wer außerhalb der Heilkunde berufs- oder gewerbsmäßig Tätigkeiten ausübt, bei denen Krankheitserreger im Sinne von § 2 IfSG auf Menschen übertragen werden können, unterliegt dieser Verordnung, soweit bei der Ausübung dieser Tätigkeiten Geräte, Werkzeuge oder Gegenstände eingesetzt werden, die bei ihrer bestimmungsgemäßen Anwendung am Menschen

1. regelmäßig Verletzungen der Haut oder Schleimhaut verursachen, insbesondere
  - a. beim Tätowieren sowie vergleichbaren Tätigkeiten,
  - b. beim Ohrloch-Steichen und Piercen sowie vergleichbaren Tätigkeiten,
  - c. bei kosmetischen Anwendungen,

oder

2. unbeabsichtigt Verletzungen der Haut oder der Schleimhaut verursachen können, insbesondere
  - a. bei der Haar- und Bartpflege und vergleichbaren Tätigkeiten,
  - b. bei der Maniküre und Pediküre und vergleichbaren Tätigkeiten

(2) Arbeitsschutzrechtliche Regelungen bleiben unberührt.

(3) Die medizinprodukterechtlichen Regelungen bleiben unberührt und sind bei Tätigkeiten im entsprechenden Geltungsbereich zu beachten.

## § 2 Begriffsbestimmungen

(1) Aufbereitung im Sinne dieser Verordnung bezeichnet die Gesamtheit der Arbeitsschritte an Geräten, Werkzeugen und Gegenständen, die zur Verhinderung der Übertragung von Krankheitserregern notwendig sind; hierzu gehören insbesondere Demontage, Reinigung, Desinfektion, Spülung, Remontage, Funktionsprüfung, Pflege, Wartung, Verpackung, Sterilisation und Lagerung.

(2) Kontamination im Sinne dieser Verordnung bezeichnet die Verunreinigung von Objekten, Personen oder Umgebungen mit Material, insbesondere Blut, das potentiell oder sicher mit Krankheitserregern im Sinne von § 2 IfSG oder ihren toxischen Produkten behaftet sein kann oder ist.

(3) Eine Verletzung im Sinne dieser Verordnung ist eine Beschädigung, Durchtrennung oder Durchstoßung der Haut oder Schleimhaut.

(4) Siedlungsabfälle im Sinne dieser Verordnung sind Abfälle aus privaten Haushalten sowie andere Abfälle, die aufgrund ihrer Beschaffenheit oder Zusammensetzung den Abfällen aus Haushalten ähnlich sind.

(5) Geeignete Desinfektionsmittel im Sinne dieser Verordnung sind nach den entsprechenden europäischen Normen und durch unabhängige Prüflabore nachweisbar auf ihre Wirksamkeit in dem jeweiligen Wirkspektrum und das Anwendungsgebiet geprüfte Desinfektionsmittel.

(6) Haltung von Tieren im Sinne dieser Verordnung ist der dauerhafte oder regelmäßige Aufenthalt eines Tieres oder mehrerer Tiere. Nicht als Haltung gilt der kurzfristige Aufenthalt eines Tieres anlässlich eines einzelnen Termins, insbesondere die Begleitung durch Assistenzhunde im Sinne der Assistenzhundeverordnung.

### **§ 3 Allgemeine Hygienepflichten**

(1) <sup>1</sup>Alle Personen, die Tätigkeiten nach § 1 Abs. 1 ausüben, müssen die Anforderungen an die allgemein anerkannten Regeln der Hygiene beachten. <sup>2</sup>Die Leitung der Einrichtung trägt die Verantwortung für die Einhaltung in ihrem Betrieb.

(2) <sup>1</sup>Es müssen für die hygienerelevanten Tätigkeiten im Betriebsalltag Arbeitsanweisungen in Form eines Hygieneplanes erstellt werden. <sup>2</sup>Dieser ist den Mitarbeitenden bekannt zu machen und auf Verlangen der örtlichen Gesundheitsbehörde vorzulegen.

### **§ 4 Bauliche und strukturelle Voraussetzungen**

(1) Der Arbeitsbereich für Tätigkeiten nach § 1 Abs. 1 muss geeignet und so beschaffen sein, dass alle Oberflächen leicht zu reinigen und zu desinfizieren sind.

(2) <sup>1</sup>Ein Handwaschbecken mit Flüssigseife und Einmalhandtüchern muss gut erreichbar in der Nähe des Arbeitsbereichs vorhanden sein. <sup>2</sup>Eine Kontamination der Arbeitsfläche durch Spritzwasser ist bei Tätigkeiten nach § 1 Abs. 1 Nr. 1 auszuschließen.

(3) <sup>1</sup>In den Räumen, in denen Tätigkeiten nach § 1 Abs. 1 Nr. 1 ausgeübt werden, dürfen keine Tiere gehalten werden. <sup>2</sup>Die Regelungen zu Assistenzhunden im Behindertengleichstellungsgesetz sind dabei zu beachten.

## **§ 5 Händehygiene**

(1) <sup>1</sup>Wer eine Tätigkeit nach § 1 Abs. 1 Nr. 1 vornimmt hat zuvor eine hygienische Händedesinfektion durchzuführen. <sup>2</sup>Dazu dürfen an Händen und Unterarmen keine Schmuckstücke, insbesondere Ringe, Piercings oder künstliche Fingernägel getragen werden. <sup>3</sup>Die Fingernägel sind unlackiert sowie kurz und rund geschnitten zu tragen und sollen die Fingerkuppe nicht überragen. <sup>4</sup>Während der Tätigkeit sind geeignete Schutzhandschuhe zu verwenden, die nur zum einmaligen Gebrauch bestimmt sind. <sup>5</sup>Nach Abschluss der Tätigkeit sind die Schutzhandschuhe abzulegen und ist eine hygienische Händedesinfektion durchzuführen. <sup>6</sup>Ein geeignetes Händedesinfektionsmittel muss im Arbeitsbereich vorhanden sein.

(2) <sup>1</sup>Wer eine Tätigkeit nach § 1 Abs. 1 Nr. 2 vornimmt und dabei unbeabsichtigt eine Verletzung der Haut oder Schleimhaut verursacht hat, muss seine Hände bei Kontamination mit Blut sorgfältig reinigen und desinfizieren. <sup>2</sup>Werden bei der Tätigkeit Schutzhandschuhe getragen, sind diese abzulegen und es ist eine hygienische Händedesinfektion durchzuführen.

## **§ 6 Haut- und Schleimhautdesinfektion**

<sup>1</sup>Wer eine Tätigkeit nach § 1 Abs. 1 Nr. 1 vornimmt, hat zuvor die zu behandelnden Haut- und Schleimhautflächen mit geeigneten Desinfektionsmitteln zu desinfizieren. <sup>2</sup>Nach beabsichtigten und unbeabsichtigten großflächigen Verletzungen der Haut oder Schleimhaut ist eine Wunddesinfektion mit geeigneten und zugelassenen Antiseptika durchzuführen und im Anschluss hat eine sterile Wundabdeckung zu erfolgen. <sup>3</sup>Bei Desinfektionen nach Satz 1 und Satz 2 sind die jeweiligen Herstellerangaben und Einwirkzeiten zu berücksichtigen.

## **§ 7 Anforderungen an die eingesetzten Geräte, Werkzeuge und Gegenstände**

(1) <sup>1</sup>Tätigkeiten nach § 1 Abs. 1 Nr. 1 sind mit sterilen Geräten, Werkzeugen oder Gegenständen vorzunehmen. <sup>2</sup>Dabei benutzte sterile Einwegartikel dürfen nach dem Gebrauch nicht wiederverwendet werden. <sup>3</sup>Mehrfach verwendbare Geräte, Werkzeuge und Gegenstände, die für eine Tätigkeit nach § 1 Abs. 1 Nr. 1 bestimmt sind, sind nach den anerkannten technischen Regeln und dem aktuellen Stand der Wissenschaft entsprechend mit geeigneten Verfahren aufzubereiten und bis zur Wiederverwendung adäquat geschützt zu lagern.

(2) <sup>1</sup>Mehrfach verwendbare Geräte, Werkzeuge und Gegenstände, die für Tätigkeiten nach § 1 Abs. 1 Nr. 2 vorgesehen sind, sind nach jedem Gebrauch sorgfältig zu reinigen und zu desinfizieren. <sup>2</sup>Ist es zu einer Verletzung oder zu einer Kontamination mit Blut oder sonstigem potenziell infektiösem Material gekommen, sind sie mit geeigneten Verfahren aufzubereiten.

## **§ 8 Verfahren zur Desinfektion und Sterilisation**

(1) Zur Desinfektion von Haut, Schleimhäuten, Verletzungen, Händen, Oberflächen, Geräten, Werkzeugen und Gegenständen sind die für den jeweiligen Zweck

geeigneten Mittel und Verfahren zur Inaktivierung von relevanten Krankheitserregern zu verwenden.

(2) <sup>1</sup>Zur Sterilisation sind nur Dampfsterilisationsverfahren nach den anerkannten Regeln der Technik zulässig. <sup>2</sup>Wer Sterilisationsverfahren anwendet, muss sich vorher im notwendigen Umfang sachkundig gemacht haben.

(3) Abweichend von Absatz 2 kann die Heißluftsterilisation übergangsweise bis zum 30. Juni 2027 als Sterilisationsverfahren angewendet werden, sofern die zu sterilisierenden Geräte, Werkzeuge und Gegenstände hierfür geeignet sind.

(4) <sup>1</sup>Die Flächen sind mindestens arbeitstäglich im Nasswischverfahren zu reinigen. <sup>2</sup>Bei einer Kontamination mit Blut oder anderen Körpersekreten muss eine geeignete Desinfektion erfolgen.

## **§ 9 Abfälle und Abfallentsorgung**

<sup>1</sup>Spitze oder scharfe Geräte sowie Werkzeuge oder Gegenstände mit Verletzungspotential, die bei der Ausübung von Tätigkeiten im Sinne von § 1 Abs. 1 benutzt worden sind, dürfen nur dann gemeinsam mit anderen gemischten Siedlungsabfällen entsorgt werden, wenn sie in stich- und bruchfesten sowie entsprechend gekennzeichneten Behältnissen verpackt sind. <sup>2</sup>Abfallrechtliche Regelungen bleiben unberührt.

## **§ 10 Ordnungswidrigkeiten**

Ordnungswidrig im Sinne des § 73 Abs. 1a Nr. 24 des Infektionsschutzgesetzes handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig

1. entgegen § 3 Abs. 2 Satz 1 einen Hygieneplan nicht erstellt,
2. die nach § 4 Abs. 1 oder Abs. 2 Satz 1 erforderlichen räumlichen Voraussetzungen nicht sicherstellt,
3. entgegen § 4 Abs. 3 Tiere in den Räumen hält, in denen Tätigkeiten nach § 1 Abs. 1 Nr. 1 ausgeübt werden,
4. entgegen § 5 Abs. 1 Satz 1 und 5, Abs. 2 Satz 1 und 2, § 6 Satz 1 und 2 nicht oder nicht in geeigneter Weise desinfiziert,
5. entgegen § 7 Abs. 1 Satz 1 unsterile Geräte, Werkzeuge oder Gegenstände verwendet,
6. entgegen § 7 Abs. 1 Satz 2 Einwegartikel wiederverwendet,
7. entgegen § 7 Abs. 1 Satz 3 oder Abs. 2 Satz 2 ungeeignete Verfahren zur Aufbereitung verwendet,
8. entgegen § 7 Abs. 1 Satz 3 aufbereitete sterile Geräte, Werkzeuge oder Gegenstände nicht adäquat geschützt lagert,
9. entgegen § 7 Abs. 2 Satz 1 mehrfach verwendbare Geräte, Werkzeuge und Gegenstände, die für Tätigkeiten nach § 1 Abs. 1 Nr. 2 vorgesehen sind, nicht nach jedem Gebrauch sorgfältig reinigt und desinfiziert,
10. entgegen § 8 Abs. 1, Abs. 2 Satz 1 oder Abs. 3 keine geeigneten Mittel und Verfahren verwendet,

11. entgegen § 9 Satz 1 die dort genannten Gegenstände nicht in stich- und bruchfesten sowie entsprechend gekennzeichneten Behältnissen entsorgt.

### **§ 11 In-Kraft-Treten**

(1) Diese Verordnung tritt am 1. Juli 2026 in Kraft.

(2) Gleichzeitig tritt die Hygiene-Verordnung vom 17. August 2001 (Nds. GVBl. S. 598) außer Kraft.

ENTWURF

## **Begründung**

### **A. Allgemeiner Teil**

#### **I. Anlass, Ziele und Schwerpunkte**

Aufgrund des § 17 Abs. 4 Satz 1 des Infektionsschutzgesetzes (IfSG) vom 20. Juli 2000 (BGBl. I S. 1045) in Verbindung mit § 1 Nr. 3 Buchst. b der Verordnung zur Übertragung von Ermächtigungen auf Grund bundesrechtlicher Vorschriften vom 28. Juli 1999 (Nds. GVBl. S. 133), zuletzt geändert durch Verordnung vom 4. Mai 2001 (Nds. GVBl. S. 297), wurde die Verordnung zur Verhütung übertragbarer Krankheiten (Hygiene-Verordnung) am 17. August 2001 (Nds. GVBl. S. 598) erlassen. Sie wird nun novelliert.

Ziel der Verordnung ist die Verhütung übertragbarer Krankheiten bei berufs- oder gewerbsmäßiger Ausübung von Tätigkeiten am menschlichen Körper außerhalb der Heilkunde, die, beabsichtigt oder unbeabsichtigt, zu Verletzungen der Haut oder Schleimhaut führen können.

Zu diesem Zweck werden den Gewerbetreibenden Pflichten auferlegt. Im Vergleich zu den Regelungen anderer Bundesländer wurde festgestellt, dass Teile der bestehenden Verordnung zu unbestimmt sind und an den aktuellen Stand der medizinisch-hygienischen Wissenschaft angepasst werden müssen. Mit der Novellierung der Verordnung werden die erforderlichen Maßnahmen der Hygiene und Infektionsprävention in nicht-medizinischen Einrichtungen konkretisiert. Die organisatorischen, personenbezogenen und gegenständlichen Anforderungen an die Hygienemaßnahmen werden verbindlicher als zuvor geregelt. Zudem wird die Verordnung um einen Paragraphen für Ordnungswidrigkeiten ergänzt, in dem die einzelnen bußgeldbewehrten Verstöße gegen die geregelten Pflichten ausdrücklich benannt werden. Damit wird eine Rechtsgrundlage für die Ahndung von konkreten Verstößen geschaffen. Insgesamt unterstützt die Novellierung der Verordnung somit die betroffenen Einrichtungen bei der Umsetzung durch Rechtsklarheit und -sicherheit und die Überwachungsbehörden bei der Überwachung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten.

#### **II. Wesentliche Ergebnisse der Gesetzesfolgenabschätzung**

§ 17 Abs. 4 Satz 1 IfSG ermöglicht den Landesregierungen, unter den nach § 16 sowie § 17 Abs. 1 IfSG maßgebenden Voraussetzungen durch Rechtsverordnung die zur

Hygiene und Infektionsprävention erforderlichen Gebote und Verbote zur Verhütung übertragbarer Krankheiten zu erlassen. Die Ermächtigung kann nach § 17 Abs. 4 Satz 2 IfSG auf andere Stellen übertragen werden. Nach § 3 Nr. 1 der Subdelegationsverordnung ist das Ministerium für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Gleichstellung zum Erlass der Verordnung ermächtigt.

Die Wirksamkeitsprüfung hat ergeben, dass zur Konkretisierung der hygienischen Anforderungen an den Betrieb bestimmter Einrichtungen eine landesrechtliche Regelung erforderlich ist. Im Rahmen der Prüfung von Alternativen wurde berücksichtigt, dass die vorgesehenen Inhalte auch durch Gesetz hätten geregelt werden können. Aufgrund der fachlichen Ausrichtung der Inhalte und des gegebenenfalls erforderlichen Anpassungsbedarfs wurde von einer gesetzlichen Umsetzung abgesehen. Die Neufassung der Hygiene-Verordnung dient der Aktualisierung und Vereinheitlichung der hygienerechtlichen Vorgaben und stellt sicher, dass ein verlässlicher und verbindlicher Rahmen besteht, der den aktuellen fachlichen Standards entspricht. Ein Verzicht auf eine Neuregelung würde dazu führen, dass veraltete oder unzureichende Vorgaben fortgelten. Die Wahl der Verordnungsform erweist sich als geeignet, erforderlich und angemessen, um den beabsichtigten Regelungszweck zu erreichen.

Die Neufassung der Verordnung führt in den betroffenen Einrichtungen teilweise zu einem konkreten Anpassungsbedarf. Neu ist insbesondere die Verpflichtung zur Erstellung eines Hygieneplans nach § 3 Abs. 2. Ein einmaliger zeitlicher Aufwand entsteht daher vor allem durch die erstmalige Erstellung oder Überarbeitung entsprechender Unterlagen sowie durch die interne Unterweisung der Mitarbeitenden. Außerdem werden die Anforderungen an Desinfektions- und Sterilisationsverfahren konkretisiert. Für die Sterilisation wird künftig ausschließlich das Dampfsterilisationsverfahren nach den anerkannten Regeln der Technik zugelassen. Für Betriebe, die bislang ausschließlich Heißluftsterilisation eingesetzt haben, kann dadurch ein einmaliger Anpassungsaufwand entstehen, etwa durch die Anschaffung eines geeigneten Dampfsterilisationsgeräts. Hiermit können im Einzelfall Investitionskosten verbunden sein. Aufgrund der vorgesehenen Übergangsfrist besteht jedoch ausreichend Zeit für eine wirtschaftlich planbare Umstellung. Der damit verbundene wirtschaftliche Aufwand ist insgesamt als begrenzt einzuschätzen, da

Dampfsterilisationsverfahren dem Stand der Technik entsprechen und in den betroffenen Bereichen weit verbreitet sind.

Darüber hinaus werden die allgemeinen Hygienepflichten (§ 3), die baulichen und strukturellen Anforderungen (§ 4) sowie die Pflichten zur arbeitstäglichen Reinigung und Desinfektion von Flächen (§ 8 Abs. 4) gegenüber der bisherigen Verordnung konkretisiert. Diese Anforderungen entsprechen im Wesentlichen bereits den bisherigen fachlichen Standards sowie den allgemeinen infektionsschutzrechtlichen Anforderungen. In der Regel ist daher kein zusätzlicher Daueraufwand zu erwarten. Soweit im Einzelfall Anpassungen erforderlich werden, etwa durch die Nachrüstung eines Handwaschbeckens, die Anpassung von Oberflächen oder organisatorische Änderungen bei der Reinigung, handelt es sich um einmalige, punktuelle Umstellungsaufwände.

Die mit der Neufassung eingeführten neuen Anforderungen wurden einer Verhältnismäßigkeitsprüfung unterzogen. Die mit der Neufassung eingeführten Anforderungen verfolgen den legitimen Zweck, die Übertragung übertragbarer Krankheiten wirksam zu verhindern und die Gesundheit der Bevölkerung zu schützen. Dazu zählen insbesondere die Verpflichtung zur Erstellung eines Hygieneplans, die Konkretisierung baulicher und struktureller Mindestanforderungen, die arbeitstägliche Reinigung und Desinfektion von Flächen sowie die Festlegung auf Dampfsterilisationsverfahren. Die Maßnahmen sind dazu geeignet, dieses Ziel zu erreichen, da sie hygienerelevante Abläufe standardisieren, räumliche Voraussetzungen und Sterilisationsverfahren klar regeln und somit typische Infektionsrisiken in den betroffenen Einrichtungen reduzieren. Sie sind auch erforderlich, da mildere Mittel, wie rein unverbindliche Empfehlungen oder die Beibehaltung bislang unkonkreter Regelungen, nicht in gleicher Weise geeignet wären. Die Regelungen erweisen sich als angemessen. Die hierdurch entstehenden Belastungen beschränken sich überwiegend auf einmalige oder punktuelle Anpassungen, etwa durch die Erstellung eines Hygieneplans, bauliche Nachrüstungen im Einzelfall, organisatorische Änderungen bei der Reinigung oder die Umstellung des Sterilisationsverfahrens. Diese Belastungen stehen in einem angemessenen Verhältnis zum hohen Schutzgut der Gesundheit. Übergangsfristen und die Orientierung am Stand der Technik tragen zusätzlich zur Zumutbarkeit der Regelungen bei.



Die Prüfung der voraussichtlichen Auswirkungen hat ergeben, dass für die Kommunen keine erheblichen zusätzlichen Belastungen entstehen. Die von der Verordnung betroffenen Einrichtungen bleiben wie bisher der Überwachung durch die unteren Gesundheitsbehörden zugänglich (vgl. § 36 Abs. 2 IfSG). An der bestehenden Überwachungsmöglichkeit ändert die Novellierung der Verordnung nichts. Die Verordnung konkretisiert die bereits bestehenden hygienerechtlichen Anforderungen, ohne jedoch neue, zusätzliche Aufgaben für die Kommunen zu begründen. Vielmehr erleichtern die konkretisierten Vorgaben die Nachvollziehbarkeit der Anforderungen und tragen damit zu einer Vereinfachung und Vereinheitlichung des Vollzugs bei. Vor diesem Hintergrund ist nicht von einem generellen zusätzlichen Aufgabenbestand für die Kommunen auszugehen. Punktuelle Mehraufwände bei der fachlichen Beratung und der infektionsschutzrechtlichen Überwachung sind jedoch möglich. Dies betrifft insbesondere die Überprüfung des Vorliegens eines Hygieneplans sowie die Kontrolle der Umstellung auf das Dampfsterilisationsverfahren. Diese zusätzlichen Aufwände werden voraussichtlich nur vereinzelt auftreten und insgesamt keinen spürbaren Anstieg des bisherigen Kontrollaufwandes verursachen.

Die Einführung eines Paragraphen für Ordnungswidrigkeiten ermöglicht die Ahndung von konkreten Tatbeständen ohne, dass einer zuvor ausgesprochenen Anordnung zuwider gehandelt wurde. Die Aufnahme einzelner, konkret benannter Regelverstöße dient somit der Konkretisierung der Vollzugsgrundlage, indem jedes einzelne als ordnungswidrig zu qualifizierende Handeln oder Unterlassen ausdrücklich aufgeführt wird. Dabei werden die Einrichtungen im Geltungsbereich der Verordnung in der Regel nur anlassbezogen überwacht. Auch diese zusätzlichen Aufwände werden entsprechend voraussichtlich nur vereinzelt auftreten und insgesamt keinen spürbaren Anstieg des bisherigen Kontrollaufwandes verursachen.

Für das Land sowie für die Kommunen ergeben sich keine finanziellen Auswirkungen. Ein relevanter zusätzlicher Personal- oder Sachmittelbedarf ist nicht zu erwarten. Marginale Mehraufwände im Vollzug können voraussichtlich im Rahmen der bestehenden Aufgabenwahrnehmung durch vorhandene Strukturen abgedeckt werden.

### **III. Auswirkungen auf die Umwelt, den ländlichen Raum und die Landesentwicklung**

Es sind keine Auswirkungen auf die Umwelt, den ländlichen Raum und die Landesentwicklung zu erwarten.

### **IV. Auswirkungen auf die Verwirklichung der Gleichstellung von Frauen und Männern**

Es sind keine Auswirkungen auf die Verwirklichung der Gleichstellung von Frauen und Männern zu erwarten.

### **V. Auswirkungen auf Familien**

Es sind keine Auswirkungen auf Familien zu erwarten.

### **VI. Verhältnismäßigkeitsprüfung nach § 38a GGO**

Eine Verhältnismäßigkeitsprüfung nach § 38a GGO ist nicht erforderlich, da sich durch die Änderungen der Verordnung keine Beeinträchtigung der Berufsausübung ergibt.

### **VII. Voraussichtliche Kosten und haushaltsmäßige Auswirkungen**

#### **1. Land**

Auswirkungen auf den Landeshaushalt sind von der novellierten Verordnung nicht zu erwarten.

#### **2. Kommunen**

Für die Kommunen ergeben sich keine zusätzlichen haushaltswirksamen Belastungen. Etwaige Mehraufwände, insbesondere im Rahmen der fachlichen Beratung und anlassbezogenen Überwachung, bewegen sich im Rahmen der bestehenden Aufgabenwahrnehmung und können durch vorhandene Personal- und Sachmittel abgedeckt werden.

## **B. Besonderer Teil**

### **Zu § 1 (Geltungsbereich):**

§ 1 bestimmt entsprechend dem in § 17 Abs. 4 Satz 1 formulierten Auftrag den Regelungsgegenstand der Verordnung. Geregelt werden sollen Maßnahmen zur Verhütung übertragbarer Krankheiten bei gewerblich ausgeübten Tätigkeiten außerhalb der Heilkunde, bei denen Krankheitserreger auf Menschen übertragen werden können. Dies bezieht sich auf berufliche und gewerbliche Tätigkeiten bei denen Geräte, Werkzeuge oder Gegenstände eingesetzt werden, die bei ihrer bestimmungsgemäßen Anwendung am Menschen regelmäßig Verletzungen der Haut oder Schleimhaut verursachen, oder diese unbeabsichtigt verursacht werden können.

Von der Verordnung unberührt bleiben arbeitsschutzrechtliche Gesetze sowie Vorschriften des Medizinprodukterechts, insbesondere des Medizinprodukterecht-Durchführungsgesetzes, der Medizinprodukte-Betreiberverordnung und Rechtsvorschriften, die auf dieser Grundlage erlassen wurden.

Eine besondere Herausforderung besteht darin, verhältnismäßige Anforderungen zu stellen, die der Übertragung von Krankheitserregern vorbeugen, ohne die betroffenen Gewerbe unnötig zu belasten. Vor diesem Hintergrund wird mit der Novellierung erstmals zwischen Tätigkeiten unterschieden, die regelmäßig Verletzungen der Haut oder Schleimhaut verursachen, und solchen Tätigkeiten, die diese nur unbeabsichtigt verursachen können. Diese Differenzierung soll dem unterschiedlichem Risikoprofil der einzelnen Gewerbe gerecht werden. Gleichzeitig sind aufgrund der sehr unterschiedlichen Tätigkeiten nicht in allen Bereichen konkrete Vorgaben möglich.

Der Geltungsbereich wurde gegenüber der bisherigen Fassung konkretisiert. Grundsätzlich bleibt er wie bisher beschrieben und durch die Tätigkeit definiert. Es werden nun aber die häufigsten zu berücksichtigenden Gewerbe mit einer "insbesondere"-Formulierung aufgelistet, um Rechtsklarheit für die betroffenen Einrichtungen zu schaffen.

### **Zu § 2 (Begriffsbestimmungen):**

§ 2 wurde neu eingefügt, um die in der Verordnung verwendeten zentralen Begrifflichkeiten legal zu definieren und damit eine einheitliche Anwendung

sicherzustellen. Bestimmt wurden die Begriffe „Aufbereitung“, „Kontamination“, „Verletzung“, „Siedlungsabfälle“, „geeignete Desinfektionsmittel“ und „Haltung von Tieren“, da diese für die Anwendung der Verordnung von zentraler Bedeutung sind. Für die Zielgruppe der Verordnung ist davon auszugehen, dass diese Begriffe nicht allgemein bekannt sind. Die Definitionen erhöhen daher die Verständlichkeit der Verordnung und stellen sicher, dass die Regelungen zutreffend interpretiert und umgesetzt werden können.

### **Zu § 3 (Allgemeine Hygienepflichten):**

Der bisherige § 2 der Hygiene-Verordnung („Pflichten“) wurde in § 3 („Allgemeine Hygienepflichten“) überführt und inhaltlich weiterentwickelt. In § 3 werden allgemeine Hygienepflichten für Personen normiert, die die in § 1 genannten Tätigkeiten ausüben.

#### **Zu Absatz 1:**

Absatz 1 normiert die Pflicht, die Anforderungen an die allgemein anerkannten Regeln der Hygiene zu beachten. Die Leitung eines Gewerbes oder einer Einrichtung ist dazu verpflichtet, die Verantwortung für die Einhaltung dieser Anforderungen in ihrem Betrieb zu übernehmen. Dies entzieht den Mitarbeitenden nicht die Verantwortung zur Kenntnis und Durchführung der Hygieneregeln. Die Regelung ist bewusst allgemein gehalten gefasst. Sie dient dazu, klarzustellen, dass die in der Hygiene-VO benannten Anforderungen nicht abschließend sind, sondern die allgemein anerkannten Regeln der Hygiene in ihrer jeweils aktuellen Ausprägung zu beachten sind. Da sich hygienische Standards fortlaufend weiterentwickeln, wird auf eine abschließende Aufzählung einzelner Maßnahmen verzichtet.

#### **Zu Absatz 2:**

§ 3 Abs. 2 ist neu eingefügt worden. Absatz 2 gibt vor, dass Arbeitsanweisungen für die hygienerelevanten Tätigkeiten im Betriebsalltag in Form eines Hygieneplans erstellt werden müssen. Diese hygienischen Anweisungen müssen den Mitarbeitenden bekannt gemacht werden und zugänglich sein. Die Erstellung eines Hygieneplanes setzt die Auseinandersetzung mit den einschlägigen Hygiene- und Infektionsschutzvorschriften sowie den konkreten Anforderungen an die täglichen

Arbeitsabläufe voraus und trägt auf diese Weise zur Beachtung des Infektionsschutzes bei. In einem Hygieneplan sind standardisierte Verfahrensweisen zur Infektionshygiene festzulegen, die von allen Mitarbeitenden zwingend und gewissenhaft einzuhalten sind. Insofern ist der Hygieneplan auch ein Instrument, mit dem die Mitarbeitenden sich schnell über die für den Infektionsschutz erforderlichen Abläufe informieren können.

Die Arbeitsanweisungen für hygienerelevante Tätigkeiten sind dem Landkreis oder der kreisfreien Stadt als örtliche Gesundheitsbehörde auf Anforderung vorzulegen. Die Überprüfung kann im Rahmen der bestehenden Überwachungsbefugnisse nach § 36 Abs. 2 IfSG erfolgen.

#### **Zu § 4 (Bauliche und strukturelle Voraussetzungen):**

§ 4 ist neu eingefügt worden. Er beschreibt die zur Einhaltung der Hygiene zu beachtenden baulichen und strukturellen Voraussetzungen. Hier wird normiert, dass der Arbeitsbereich die folgenden Voraussetzungen erfüllen muss:

- Alle Oberflächen müssen leicht zu reinigen und desinfizieren sein.
- Ein gut zugängliches Handwaschbecken mit Flüssigseife und Einmalhandtüchern muss in erreichbarer Nähe des Arbeitsbereiches installiert sein, dabei ist eine Kontamination der Arbeitsfläche durch Spritzwasser auszuschließen.

In den Räumen, in denen Tätigkeiten nach § 1 Abs. 1 Nr. 1 verrichtet werden, dürfen keine Tiere gehalten werden. Unter „Haltung“ ist im Sinne der Verordnung nicht der kurzfristige Aufenthalt eines Tieres während eines einzelnen Termins zu verstehen, sondern der dauerhafte oder regelmäßige Aufenthalt eines Tieres über einen längeren Zeitraum bzw. während mehrerer Kundentermine. Ausnahmen gelten für Assistenzhunde im Sinne der Assistenzhundeverordnung.

#### **Zu § 5 (Händehygiene):**

Zu Absatz 1:

Der § 5 ist aus dem ehemaligen § 2 Abs. 1 hervorgegangen. § 5 Abs. 1 definiert die Händehygiene für die Tätigkeiten nach § 1 Abs. 1 Nr. 1. Hierzu gehören Schritte wie

die hygienische Händedesinfektion vor Beginn der Tätigkeit, das Ablegen von Schmuck an Händen und Unterarmen sowie die Pflege der natürlichen Fingernägel (kurz, rund geschnitten, nicht die Fingerkuppe überragend). Weiter beschreibt § 5, dass während der Tätigkeit geeignete (Einmal)-Schutzhandschuhe getragen werden müssen, die nach dem Gebrauch zu entsorgen sind. Zudem ist nach Abschluss der Tätigkeit eine hygienische Händedesinfektion durchzuführen. Hierzu muss ein geeignetes Händedesinfektionsmittel bereitgestellt sein.

Zu Absatz 2:

§ 5 Abs. 2 definiert die Händehygiene für die Tätigkeiten nach § 1 Abs.1 Nr. 2. Dieser Absatz besagt, dass im Falle einer unbeabsichtigten Verletzung der Haut oder Schleimhaut die Hände sorgfältig zu reinigen und zu desinfizieren sind. Weiterhin wird vorgegeben, dass bei Nutzung von Schutzhandschuhen diese abzulegen und die Hände ebenfalls zu desinfizieren sind.

#### **Zu § 6 (Haut- und Schleimhautdesinfektion):**

Der ehemalige § 2 Absatz 2 ist in § 6 aufgegangen. Dieser normiert die Situationen, in denen Desinfektionsmittel zur Haut- und Schleimhautdesinfektion eingesetzt werden müssen. Vor einer Tätigkeit nach § 1 Abs. 1 Nr. 1 müssen zuvor die zu behandelnden Haut- und / oder Schleimhautflächen mit einem geeigneten Desinfektionsmittel desinfiziert werden. Eine Wunddesinfektion ist nach beabsichtigter oder unbeabsichtigter Verletzung durchzuführen. Die Wunde wird mit geeigneten und zugelassenen Wunddesinfektionsmitteln desinfiziert und ggf. mit einer sterilen Wundversorgung abgedeckt. In jeglichen Fällen der Haut-, Schleimhaut und Wunddesinfektion sind die jeweiligen Herstellerangaben und Einwirkzeiten der Desinfektionsmittel zu beachten und zu befolgen.

#### **Zu § 7 (Anforderungen an die eingesetzten Geräte, Werkzeuge und Gegenstände):**

Der § 2 Abs. 3 ist in § 7 übernommen worden. Er beschreibt die Anforderungen an die eingesetzten Geräte, Werkzeuge oder Gegenstände.

Zu Absatz 1:

Absatz 1 bezieht sich auf Tätigkeiten nach § 1 Abs. 1 Nr. 1. Diese Tätigkeiten sind mit sterilen Geräten, Gegenständen oder Werkzeugen vorzunehmen. Hierbei wird nach Einmalartikeln und mehrfach verwendbaren Artikeln unterschieden. Einmalartikel sind nach dem einmaligen Gebrauch fachgerecht zu entsorgen und dürfen nicht wiederverwendet werden. Mehrfach verwendbare Geräte, Werkzeuge und Gegenstände sind nach den anerkannten technischen Regeln und dem aktuellen Stand der Wissenschaft entsprechend mit geeigneten Verfahren aufzubereiten und bis zur Wiederverwendung geschützt zu lagern. Die Begriffe „anerkannte technische Regeln“ und „aktueller Stand der Wissenschaft“ sind bewusst offengehalten, um eine Anpassung an den jeweiligen Fortschritt von Technik und Wissenschaft zu ermöglichen. Als Beispiel der „anerkannten technischen Regeln“ und dem „aktuellen Stand der Wissenschaft“ sind die einschlägigen DIN-Normen und geeigneten Empfehlungen der Fachgesellschaften (z.B. der Arbeitsgemeinschaft der Wissenschaftlichen Medizinischen Fachgesellschaften und der Deutschen Gesellschaft für Allgemeine und Krankenhaus-Hygiene) zu nennen. Die Anforderungen sind in jedem Fall erfüllt, wenn die Empfehlungen der Kommission für Infektionsprävention in medizinischen Einrichtungen und in Einrichtungen und Unternehmen der Pflege und Eingliederungshilfe (KRINKO) am Robert Koch-Institut zur Aufbereitung von Medizinprodukten erfüllt sind. Eine abschließende Festlegung in der Verordnung ist nicht zweckmäßig, da sich diese Standards regelmäßig ändern. Durch die offene Formulierung wird die notwendige Flexibilität sichergestellt.

Zu Absatz 2:

Absatz 2 des § 7 beschreibt den richtigen Umgang mit mehrfach verwendbaren Geräten, Werkzeugen oder Gegenständen bei Tätigkeiten nach § 1 Abs. 1 Nr. 2. Diese Geräte, Werkzeuge oder Gegenstände sind nach dem Gebrauch zu reinigen und zu desinfizieren. Wenn es unbeabsichtigt zu einer Verletzung gekommen ist oder eine Kontamination mit Blut oder sonstigem potenziell infektiösen Material erfolgt ist, müssen die betroffenen Geräte mit geeigneten Verfahren aufbereitet werden. Der Begriff „geeignete Verfahren“ ist bewusst offen gefasst, da eine abschließende Festlegung in der Verordnung nicht praktikabel wäre. Eine solche offene Formulierung

gewährleistet, dass die Regelung flexibel auf den Fortschritt und neue Erkenntnisse im Bereich der Hygiene reagieren kann.

### **Zu § 8 (Verfahren zur Desinfektion und Sterilisation):**

§ 8 erweitert den bisherigen § 3 Hygiene-Verordnung und beschreibt Verfahren zur Desinfektion und Sterilisation von Haut, Schleimhäuten, Händen, Verletzungen, Oberflächen, Geräten, Werkzeugen und Gegenständen.

§ 8 Abs. 1 stellt klar, dass für die Desinfektion der genannten Flächen die für den jeweiligen Zweck geeigneten Mittel und Verfahren einzusetzen sind, um relevante Krankheitserreger wirksam zu inaktivieren.

Die Absätze 2 und 3 befassen sich mit Sterilisationsverfahren. Abs. 2 schreibt vor, dass für die Sterilisation nur Dampfsterilisationsverfahren nach den anerkannten Regeln der Technik eingesetzt werden dürfen. Damit wird sichergestellt, dass ausschließlich bewährte Verfahren zum Einsatz kommen. Dampfsterilisationsverfahren sind für alle genannten Gewerbe, Gegenstände, Geräte und Werkzeuge geeignet. Übergangsweise kann in Einzelfällen das Verfahren der Heißluftsterilisation noch bis zum 30. Juni 2027 angewendet werden. Ab dem 1. Juli 2027 kann dieses Verfahren nicht mehr genutzt werden. Die Übergangsregelung trägt dem Umstand Rechnung, dass einzelne Betriebe bislang noch mit Heißluftsterilisatoren arbeiten und ermöglicht eine wirtschaftlich planbare Umstellung. Heißluftsterilisation ist für die zuvor genannten Betriebe nicht geeignet, da sie nur für bestimmte Gewerbe, Gegenstände, Geräte und Werkzeuge geeignet ist und außerhalb der Heilkunde nicht zwingend ausreichend Fachkenntnisse zur fachgerechten Anwendung vorhanden sind und eine Validierung dieses Sterilisationsverfahrens nicht gewährleistet werden kann.

§ 8 Abs. 4 ist neu eingefügt worden und regelt die Reinigung und Desinfektion der Arbeitsflächen. Danach sind die Flächen mindestens arbeitstäglich im Nasswischverfahren zu reinigen. Bei Kontamination mit Blut oder anderem potenziell infektiösem Material ist eine geeignete Desinfektion erforderlich, um eine Weiterverbreitung von Krankheitserregern zu verhindern.



### **Zu § 9 (Abfälle und Abfallentsorgung):**

§ 9 wurde sprachlich angepasst. Der Begriff „Haushaltungen“ im bisherigen § 4 Hygiene-Verordnung wurde gestrichen und „verletzungsgefährliche“ Geräte, Werkzeuge oder Gegenstände wurden präziser als „spitze und scharfe“ Geräte, Werkzeuge und Gegenstände bezeichnet. Inhaltlich bleibt die Regelung unverändert: Spitze oder scharfe Gegenstände, Werkzeuge oder Geräte dürfen nur dann mit anderen gemischten Siedlungsabfällen entsorgt werden, wenn sie in stich- und bruch sicheren sowie entsprechend gekennzeichneten Behältnissen verpackt sind. Dies dient dem Schutz vor Stich- und Schnittverletzungen beim Umgang mit Abfällen.

### **Zu § 10 (Ordnungswidrigkeiten):**

§ 10 regelt nun erstmals Ordnungswidrigkeiten-Tatbestände für konkrete Verstöße gegen die Verordnung. In der bisherigen Verordnung waren Ordnungswidrigkeiten nicht gesondert geregelt. Mit der Novellierung werden nun die einzelnen Zuwiderhandlungen gegen die in der Verordnung geregelten Pflichten ausdrücklich benannt. Dadurch wird für die betroffenen Einrichtungen und für die zuständigen Vollzugsbehörden eindeutig geregelt, welche Verstöße ordnungswidrig sind und geahndet werden können. Dies erhöht die Transparenz, verbessert die Rechtsklarheit und erleichtert den Vollzug der Verordnung.

### **Zu § 11 (In-Kraft-Treten):**

§ 11 bestimmt das In-Kraft-Treten dieser Verordnung. Die Verordnung tritt am 1. Juli 2026 in Kraft und löst damit die bestehende Hygiene-Verordnung vom 17. August 2001 (Nds. GVBl. S. 598) ab.